

**Tagesordnungspunkt 8: Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo auf der Grundlage der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 10. Juni 1999 und des Militärisch-Technischen Abkommens zwischen der internationalen Sicherheitspräsenz (KFOR) und den Regierungen der Bundesrepublik Jugoslawien (jetzt: Republik Serbien) und der Republik Serbien vom 9. Juni 1999 (Drucksache 16/9287)
29. Mai 2008**

Dr. Rainer Stinner

- (A) Plan B wurden eher als Belästigung abgetan. Man fragte, warum wir immer wieder mit derselben Frage kämen. Heute stehen wir, was die EULEX-Mission angeht, wie wir wissen, vor einem Scherbenhaufen. Das müssen wir so klar konstatieren.

Entgegen den klaren Regelungen der Resolution 1244 werden im Nordkosovo gegenwärtig Parallelstrukturen aufgebaut. Das betrifft die Eisenbahn, die Grenzposten, die nicht von denen besetzt sind, die sie besetzen sollten, und weitere organisatorische Aspekte. Die Nichtpräsenz der EULEX-Vorbereitungsmission ist eine deutliche Dokumentation der Unmöglichkeit eines angemessenen Vorgehens. Nach unserer Ansicht ist die EULEX-Mission, die Rechtsstaatsmission, aber von einem unglaublichen Wert. Sie muss durchgeführt werden. Wenn die UNO nicht in der Lage ist, die EULEX-Mission durchzuführen – aus welchem Grund auch immer; Herr Minister, eine Diskussion über die Gründe können wir hier heute nicht führen –, dann muss die UNMIK die Dinge selbst in die Hand nehmen, damit die Bedingungen des Ahtisaari-Plans umgesetzt werden. Das ist das, was wir alle wollen. Die kosovarische Regierung hat sich dazu bereit erklärt.

Im Kosovo zeigt sich leider ein weiteres Mal das Unvermögen von NATO und EU, gemeinsam zu arbeiten. In Brüssel ist es noch nicht einmal möglich, dass die NATO bzw. die KFOR mit dem EULEX-Team spricht. Blockaden sind in der Tat vorhanden. Das ist doch ein Jammer. Natürlich ist die Bundesregierung als größtes europäisches Land und als wichtiger NATO-Partner aufgerufen, dieses Trauerspiel zu beenden.

- (B) Die einzige Konstante, der einzige stabile Pfeiler in all diesen Bruchstücken, die wir leider erleben müssen, ist in der Tat die KFOR. Das ist völlig unbestritten. Deshalb wird es Sie nicht verwundern, wenn wir als FDP-Fraktion dem Verlängerungsantrag heute zustimmen. Die KFOR-Mission muss verlängert werden. Es ist völlig undenkbar, jetzt die Zustimmung zu verweigern und die KFOR abzuziehen. Das Chaos im Kosovo wäre unübersehbar. Es wäre völlig unverantwortlich, wenn wir das heute machen würden. Deshalb, glaube ich, müssen alle hier, die das Wohl des Kosovo, das Wohl der Region im Auge haben, der Verlängerung des KFOR-Mandates heute zustimmen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben einen Entschließungsantrag eingebracht. Dieser Antrag bringt zum Ausdruck, dass die Verlängerung der KFOR-Mission zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für eine positive Entwicklung des Kosovo ist. Deshalb haben wir Folgendes in den Antrag geschrieben: Wir brauchen eine völkerrechtlich eindeutige Legitimation der EULEX-Mission. Wir müssen sicherstellen, dass der Kosovo in Gesamtheit regiert werden kann und nicht in Teilbereiche zerfällt, in denen unterschiedliche Machtstrukturen aufgebaut sind. Wir brauchen eine ganz klare Definition der Aufgaben von und der Abgrenzungen zwischen KFOR, UNMIK und EULEX. Wir müssen auch dafür sorgen, dass NATO und EU eng abgestimmt an der positiven

Entwicklung dieses Landes weiterarbeiten. – Das sind umfangreiche Hausarbeiten für die Bundesregierung. Wir können nur hoffen, dass im Kosovo keine weiteren Chancen verpasst werden. (C)

Schönen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe das Wort dem Bundesverteidigungsminister, Herrn Dr. Franz Josef Jung.

Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister der Verteidigung:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Dienstag dieser Woche hat die Bundesregierung beschlossen, den Einsatz der Soldaten der Bundeswehr im Kosovo um ein Jahr zu verlängern. Sie wissen, dass das Mandat grundsätzlich unbefristet ist, dass wir aber die Praxis haben, auf Verlangen des Deutschen Bundestages in einem jährlichen Rhythmus hier um die Verlängerung nachzuzusehen.

Ich denke, dass der Einsatz der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr im Rahmen des KFOR-Mandates der NATO weiterhin notwendig ist, um Stabilität und friedliche Entwicklung im Kosovo zu gewährleisten. Die Eskalation, die wir an der Grenze nach der Unabhängigkeitserklärung erlebt haben, und die Situation im Zusammenhang mit dem Gerichtsgebäude in Mitrovica haben deutlich gemacht, wie wichtig es ist, dass KFOR weiterhin seinen stabilisierenden Beitrag im Kosovo leistet. KFOR – damit auch der Einsatz unserer Soldatinnen und Soldaten – ist der Garant für ein sicheres Umfeld im Kosovo. Darauf kann weiterhin nicht verzichtet werden. (D)

Wir sind im Rahmen dieses Mandates zurzeit mit 2 800 Soldatinnen und Soldaten einer der größten Truppenstellen im Kosovo. Ein sicheres, stabiles Umfeld ist Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen zivilen Aufbau des Kosovo. Herr Kollege Stinner, Sie haben diesen Punkt kritisch angesprochen. Es ist wahr, dass sich der Aufwuchs von EULEX mit 1 900 Kräften, der ja bis zum 15. Juni dieses Jahres vorgesehen war, verzögert. Jetzt sind 300 Kräfte von EULEX im Kosovo. Aber man muss fairerweise sagen, dass es hierzu einer Entscheidung der Vereinten Nationen bedarf. Ich habe gerade eben auf der Internationalen Luft- und Raumfahrttaustellung hier in Berlin mit dem NATO-Generalsekretär darüber gesprochen, der gestern in New York war, um mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen genau diese Frage abzustimmen. Denn es muss unser Ziel sein, dass es einen unmittelbaren Übergang von UNMIK zu EULEX gibt. Das heißt im Klartext: Hier darf keine sicherheitspolitische Lücke entstehen. Das ist, denke ich, unter dem Aspekt des zivilen Aufbaus des Kosovo und unter dem Aspekt einer weiteren stabilen und friedlichen Entwicklung in diesem Land notwendig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Bundesminister Dr. Franz Josef Jung

- (A) Ich füge hinzu: Die Grundlage aller Bemühungen war und ist der Ahtisaari-Plan. Wie Sie wissen, hat Herr Ahtisaari über ein Jahr verhandelt und dann sein Konzept auf den Tisch gelegt. Wegen des Widerspruchs Russlands in den Vereinten Nationen hat man sich darauf verständigt, die Troika einzusetzen. Die Troika, bestehend aus den Vereinigten Staaten von Amerika, Europa und Russland, sollte beide Seiten zusammenführen. Auch dies ist, wie wir wissen, nicht gelungen.

Wir alle, sowohl die NATO-Verteidigungsminister als auch die EU-Verteidigungsminister, haben immer gesagt: Grundlage ist der Ahtisaari-Plan. Nachdem das Kosovo seine Unabhängigkeit erklärt hat, hatte ich die Gelegenheit, dort zu sein. Es ist sehr positiv zu bewerten, dass sowohl der kosovarische Präsident Sejdiu als auch Ministerpräsident Thaçi sehr deutlich gesagt haben, dass für sie weiterhin der Ahtisaari-Plan gilt, dass also die Ziele des Minderheitenschutzes, der Einhaltung der Menschenrechte und der Rückkehr der Flüchtlinge nach wie vor gelten. Das ist die richtige Politik, um letztlich zur Befriedung des Kosovo beizutragen.

Ich füge des Weiteren hinzu: Ich halte es für richtig, dass wir Serbien, was Europa bzw. die euroatlantischen Strukturen betrifft, eine Perspektive geben. In Bukarest haben wir das im Hinblick auf die NATO bereits beschlossen, sodass es auch hier eine Grundlage für eine friedliche Entwicklung gibt.

Eines will ich aber klar sagen: Grundlage des Einsatzes unserer Soldatinnen und Soldaten im Kosovo ist weiterhin die Resolution 1244 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Wir sind uns in der NATO einig, dass wir diesen Einsatz nur auf dieser Basis durchführen.

- (B) Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer in der jetzigen Situation den Abzug der Bundeswehr aus dem Kosovo fordert, der handelt aus meiner Sicht verantwortungslos und gefährdet den Frieden und die Stabilität auf dem Balkan.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus diesem Grunde wollen wir unser Engagement fortsetzen und bitten Sie hierfür um Ihre Zustimmung. Wir verfolgen klare Ziele: erstens die Schaffung eines friedlichen und sicheren Umfeldes für die Bewohnerinnen und Bewohner des Kosovo, zweitens die Unterstützung der zivilen Missionen der internationalen Gemeinschaft und drittens den Aufbau selbsttragender Sicherheitsstrukturen.

Ich halte es für richtig, dass wir unseren Beitrag zum Abbau des Kosovo Protection Corps und zum Aufbau der Kosovo Security Force leisten. Das heißt im Klartext, dass der Kosovo in die Lage versetzt werden soll, selbst für seine Sicherheit zu sorgen. Ich denke, dass man sich bei der Ausbildung der Kosovo Security Force auf den Zivilschutz, die Krisenreaktion bzw. die friedliche Entwicklung und auf das konkrete Thema Kampfmittelbeseitigung konzentrieren sollte.

Wenn man all dies berücksichtigt, stellt man fest, welcher großer Beitrag bisher geleistet wurde und dass die

gegenwärtige friedliche und stabile Entwicklung ohne den Einsatz der NATO nicht eingetreten wäre. Im Interesse von Frieden und Stabilität im Kosovo, aber auch im Interesse einer friedlichen und stabilen Entwicklung auf dem Balkan bitten wir daher um Ihre Zustimmung zur Verlängerung des Mandats. Ich werbe für eine möglichst breite Unterstützung. Denn unsere Soldatinnen und Soldaten leisten einen wichtigen Beitrag für den Frieden. Deshalb haben sie eine breite Unterstützung des Parlaments verdient.

Recht herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Monika Knoche, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Monika Knoche (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Herren und Damen! Einer Fortsetzung der deutschen Beteiligung an KFOR wird die Linke nicht zustimmen. Mehr noch: Wir werden vor das Bundesverfassungsgericht gehen.

Wir bestreiten erstens, dass die Rechtsgrundlage für die Präsenz deutscher Truppen, die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates, weiterhin Anwendung finden kann. Wir widersprechen zweitens der Auffassung, dass die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo richtig, unvermeidbar und völkerrechtskonform war. Drittens. Wir denken, dass die Aufgabenzuschreibung und die Abgrenzung zwischen KFOR, EULEX und UNMIK nicht eindeutig sind. Darin sehen wir uns durch die Äußerungen der NATO von heute bestätigt. Eine UN-Mandatierung für EULEX ist nicht gesichert.

Es sind also politische, völkerrechtliche und diplomatische Gründe, weshalb wir dieser gravierenden Fehlentscheidung in der deutschen Balkanpolitik entgegenreten.

Das Kosovo hat am 17. Februar 2008 seine Unabhängigkeit erklärt. Damit wurde eine völkerrechtswidrige Abtrennung aus dem Staatsgebiet Serbiens vollzogen. Eine weitgehende Autonomie Kosovos wäre die zu unterstützende Alternative gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Im Übrigen hat auch Altbundeskanzler Gerhard Schröder vor einigen Wochen bestätigt, dass es falsch war, die Anerkennung zu vollziehen.

(Michael Brand [CDU/CSU]: Das Sprachrohr Putins!)

Mit dem Ende der Statusverhandlungen ist auch der ursprüngliche Auftrag – darum geht es heute –, den Übergangsprozess militärisch abzusichern, entfallen. Für die neu geschaffene Realität hat die Bundeswehr unserer Auffassung nach kein Mandat mehr. Für das zukünftige Aufgabenspektrum liegt keine neue Resolution vor, und es wird sie erwartungsgemäß auch nicht geben.

(C)

(D)